

ULLA PLENER

SMAD – Auskünfte über Vorgeschichte und Wandel der SED (1945-1949)

Die Dokumentensammlung¹ wurde in der Serie »Erste Publikation« vom Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZAEDNG, ehem. Zentrales Archiv der KPdSU) in Zusammenarbeit mit der Assoziation der (Er)Forscher der russischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert/Rußland und dem Institut für Russische und sowjetische Kultur an der Ruhr-Universität Bochum/BRD herausgebracht und von Norman Naimark von der Universität Stanford/USA eingeleitet. Sie trägt dazu bei, die Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands im angegebenen Zeitraum, im besonderen Mechanismen der sowjetischen Einflußnahme auf sie, zu erhelten (»hinter die Fassade von Karlshorst zu blicken«, wie N. Naimark schreibt), was der Forschung bisher weitgehend unmöglich war. Die Dokumente beleuchten zum Teil auch die – nicht widerspruchsfreien – Beziehungen zwischen politischen Organen der SMAD und dem ZK der KPdSU. Sie stammen alle aus dem Fonds des ZK der KPdSU im RZAEDNG, der nach August 1991 für die Forschung geöffnet wurde (das Archiv der SMAD, das im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation lagert, ist dagegen den Forschern bisher nicht zugänglich). Die Prinzipien bzw. Umstände der Auswahl (sie weist große zeitliche Lücken auf) und der Bearbeitung der Dokumente (die meisten sind gekürzt wiedergegeben, die Inhaltsangabe der ausgelassenen Stellen kann nicht befriedigen) wurden von den Herausgebern der Leserschaft nicht einsichtig gemacht. Die Zweiteilung (1. Teil: Informationen für Moskau; 2. Teil: Unter der Kontrolle Moskaus) läßt sich aus dem Inhalt der Dokumente nicht recht nachvollziehen: Auch im 2. Teil geht es um Informationen über Vorgänge in der SBZ; dokumentiert ist hier in etwa der politische Apparat der SMAD, teilweise verbunden mit selbstkritischer oder (wenn es um Dokumente des oder aus dem ZK geht) kritischer Einschätzung seiner Tätigkeit. Das Personenregister läßt stellenweise Sorgfalt vermissen.

Im folgenden soll anhand der vorgelegten Dokumente nur auf die Vorgänge hingewiesen werden, bei denen es um die beiden Parteien KPD und SPD 1945/1946, deren Vereinigung 1946 in der SBZ sowie die SED und die SPD in den Westzonen in den Jahren danach geht.² Es sind nicht unbedingt sensationelle Auskünfte, die der Dokumentenband bietet, aber manche Details über das konkrete Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht in die Arbeiterbewegung der SBZ gab es in dieser Konkretheit und Authentizität bisher

Ulla Plener - Jg. 1933, Historikerin, Berlin.

kaum. Vor allem ist es der »Blick von Innen« der SMAD bzw. ihrer für politische Vorgänge in der damaligen SBZ (mit)verantwortlichen, von S. Tjul'panov (im folgenden T.) geleiteten Propagandaverwaltung, der für die Geschichtsschreibung von Interesse ist und das bisherige Wissen, wenn auch nur in einem Ausschnitt, ergänzt.

Hinsichtlich der KPD 1945 hat sich die sowjetische Besatzungsmacht offensichtlich von Beginn an auf deren Wiederaufrichtung (wie auch auf die Organisation anderer antifaschistischer Parteien und freier Gewerkschaften) orientiert, weil das »im bedeutenden Maße die Möglichkeiten der politischen Einflußnahme auf die Bevölkerung Deutschlands erweitern« würde (Dokument vom 5. Juli 1945, S. 27). Zugleich hieß es (neben der Feststellung, bei der Besetzung von Bürgermeister- und anderen Verwaltungsstellen seien viele ehemalige Kommunisten herangezogen worden), vielerorts würden Kommunisten von »sektiererischen Ideen durchtränkt« sein, wären nicht richtig informiert und hätten deshalb falsche Aktionen veranlaßt wie Hissen roter Fahnen, Umbenennung von Straßen u.a. (ebenda, S. 26; Dokument vom 9. Juli 1945, S. 28) »Bei der Durchführung der Bodenreform zeigte sich, daß örtliche kommunistische Organisationen sich noch nicht von allen Elementen des Sektierertums freigemacht haben. Nicht nur wollen sie nicht die Sozialdemokraten zur Aufteilung des Bodens heranziehen, in einer Reihe von Fällen drängen sie diese ab und wollen alles mit eigenen Kräften tun.« Und weiter: »Zu ernsthaften Mängeln der KPD gehören schwache Massenarbeit, Verslossenheit und Sektierertum.« (Dokument vom 3. November 1945, S. 30, 31)

Über die SPD heißt es im Dokument vom 3. November 1945, diese sei zahlenmäßig die stärkste Partei. Unter Bezug auf Otto Grotewohls Rede vom 14. September 1945 wird festgestellt, die politische Linie der Partei wiche von der bei der Wiedergründung verkündeten ab: »Die Leiter der SPD sind bestrebt, breite Massen der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, sie schmeicheln dem deutschen Volk, sagen das, was es gerne hören möchte, statt ihm die Wahrheit zu sagen. Unter anderem versuchen sie, die deutsche Arbeiterklasse zu rehabilitieren, nachzuweisen, daß sie keine Verantwortung für den Krieg trüge.« Sie würden auch einige Beschlüsse der Potsdamer Konferenz anschwärzen, wenn sie – so Grotewohl – sich beklagten, »Deutschland seien seine Agrargebiete geraubt, die später von Polen besiedelt werden«. Die Bodenreform hätten Sozialdemokraten (außer den Rechten unter ihnen) zunächst unterstützt – allerdings mit linken Ausfällen, indem sie vorschlugen, das Land nicht aufzuteilen, sondern kollektiv zu bearbeiten, – sich nunmehr aber passiv oder störend ihr gegenüber verhalten. Um die Arbeiterklasse zu gewinnen, griffen Sozialdemokraten zu demagogischen Losungen (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung). Anfangs habe die SPD sich »entschieden den Kommunisten genähert«, in letzter Zeit seien Schwankungen in dieser Frage festzustellen; ihre alten Kader sammelten sich von neuem und trieben die Führung der SPD zu Spaltungsaktionen. (S. 30-32)

Zum Vereinigungsprozeß von KPD und SPD enthält die Dokumentation relativ wenige Aussagen. Dem (sprachlich streckenwei-

se kaum verständlichen) Stenogramm eines mündlichen Berichts von T. vom 16. September 1946 vor der Kommission des ZK der KPdSU, die die Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD überprüft hatte, ist zu entnehmen, daß die Frage von dieser Verwaltung im Oktober 1945 gestellt wurde, und zwar im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen: Man habe verstanden, daß »Bedingungen geschaffen werden (mußten), damit die demokratischen Elemente siegten«. Nach einem (sprachlich ebenfalls wenig qualifizierten) Stenogramm vom 19. September 1946 sagte der Leiter der für Parteien zuständigen Abteilung in der Propagandaverwaltung, seine Abteilung würde keine Fragen entscheiden, aber »wir bereiten sie vor, wir stellen die Frage nach der Bildung der SEP. Wir haben vielleicht einzelne Fehler (gemacht), sagen wir, in der Frage der Bildung des Jugendverbandes. Aber vom Standpunkt der allgemeinen Richtung haben wir eine kolossale Arbeit bewältigt. Bei(m) Parteitag der SEP, wir gingen aus von der Frage der Schaffung der SEP. Nachdem diese Frage entschieden war, bestand unsere Aufgabe darin, die politische Lösung dieser Frage zu gewährleisten, die Konferenz vorzubereiten, den Parteitag vorzubereiten – das war die Arbeit der Abteilung Parteien, sie mußte diese Maßnahmen verwirklichen...« (S. 178)

Zu den Einheitsbestrebungen hieß es im Stenogramm vom 16. September 1946, sie seien von unten ausgegangen, die Führungen (der Sozialdemokratie), auch auf mittlerer Ebene, hätten sich diesem Druck ausgesetzt gesehen – und es seien auch jetzt, also im September 1946, »viele solcher Elemente da, die in der Einheitspartei nur äußerlich und unter Zwang« (dem Zwang von unten) sind (S. 158). Bei der Vereinigung habe es kaum – nur einige Zehntel eines Prozents der Mitgliedschaft – Kommunisten und Sozialdemokraten gegeben, die sie nicht mitgemacht hätten. (S. 159) Fakten über den von Organen der SMAD ausgeübten gewaltsamen Zwang zur Vereinigung durch Verhaftungen o.ä. enthalten die Dokumente nicht.³ Das aktive Eingreifen der SMAD und der von ihr ausgeübte Druck für die Vereinigung wird aber in mehreren Dokumenten deutlich.

Am 25. Februar 1946 berichtete T. an das ZK der KPdSU über den Vereinigungsprozeß in Berlin, wo die Lage durch die Präsenz der westlichen Besatzungsmächte und das Eingreifen des von diesen unterstützten Kurt Schumacher, eines »wütenden Gegners der Einheit«, erschwert sei. Während seines Besuches beim Zentralausschuß (ZA) der SPD, bei dem auch die Mitglieder des Berliner Landesvorstandes der SPD dabei gewesen seien, sei Schumacher von den Anwesenden »sehr reserviert empfangen« worden (S. 41). »Gegen die Einheit treten nach wie vor viele Sekretäre der Kreisvorstände der SPD und einzelne sozialdemokratische Funktionäre auf.« Die Rechten, Feinde der Einheit, würden in ihrem Kampf gegen die Befürworter der Vereinigung beider Arbeiterparteien auch von einigen Mitgliedern des ZA unterstützt und hätten in Berlin einzelne Stützpunkte. »Die Propagandaverwaltung der SMAD verstärkte die Arbeit in den Betrieben und unteren Organisationen beider Parteien sowie in Gewerkschaftsorganisationen von Berlin in der Frage der Vereinigung der kommunistischen und der sozialde-

»Im November haben wir im Bericht vor dem Militärerrat die Frage gestellt, daß, wenn es keine politische Vereinigung der Arbeiterparteien geben werde, wir bei den Wahlen eine Niederlage erleiden würden. Das war eines der wichtigsten Dokumente, das damals im Namen des Militärrates an J. V. Stalin gesandt wurde, und Voraussetzung dafür war eine ernsthafte Arbeit sowohl mit der SPD als auch mit der kommunistischen Partei. Dabei wurde diese Arbeit seitens aller unserer Mitarbeiter etwas einseitig durchgeführt. Bis zum Mai lebten wir nur von einer Idee - die Parteien zu vereinen. Fragen des innerparteilichen Aufbaus, Fragen der organisatorischen Festigung haben uns damals nicht beschäftigt. Alles war dieser Hauptidee untergeordnet.« Dokument vom 16. September 1946, S. 158

Zur Position Grotewohls heißt es im Bericht vom 25. Februar 1946: »Der Vorsitzende des ZA der SPD Otto Grotewohl nimmt zur Zeit eine feste Position in der Frage der Vereinigung ein und führt einen entschiedenen Kampf gegen die Rechten, darunter auch Schumacher. Am 23. Februar schrieb er in der sozialdemokratischen Zeitung ›Das Volk‹ einen Artikel gegen die reaktionäre Position Schumachers.« (S. 42) Im mündlichen Bericht am 16. September 1946 sagte Tjul'panov laut Stenogramm: »Ich erinnere mich, wie er schwankte, bis er (bei der Vereinigungsposition - U.P.) ankam. Ich erinnere mich bis zum letzten Gespräch beim Marschall (Zukov, Anfang Februar 1946 - U.P.), wo nur er war und sonst niemand, und der Marschall stellte die Frage direkt - will er oder will er nicht, so ist die politische Situation. Er zeigte die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Alliierten (auf). Und doch bin ich es gewohnt, für die Interessen der Arbeiterklasse zu streiten, und, wenn es sein muß, werden wir alle niederwerfen. Grotewohl forderte die Erlaubnis, in die andere Zone zu fahren. Fuhr hin, sah und sagt(e), daß er darauf (die Vereinigung - U.P.) eingeht.« (S. 163, russisch im Stenogramm: »Poechal, posmotrel i govorit, cto ja idu na eto.«)

»Die Mitarbeiter der Propagandaverwaltung und der Berliner Abteilung für Propaganda befaßten sich in allen sowjetischen Stadtbezirken Berlins weiterhin mit der Frage der Vereinigung der Arbeiterparteien. Die ohne Erlaubnis der Kommandanturen durchgeführten Urab-

mokratischen Parteien und des Kampfes gegen die Einheitsfeinde.« Dabei wurde auf verschiedene Publikationen in der »Täglichen Rundschau« und anderen Presseorganen verwiesen. Trotz des starken Widerstandes der Rechten, die im Falle der organisatorischen Einigung eine gesonderte Berliner SPD zu gründen versuchen würden, habe sich in den letzten Tagen die Lage hinsichtlich der Vereinigung verbessert. (S. 41-43)

Im Bericht vom 14. März 1946 über die Vereinigungsbewegung in einzelnen Berliner Stadtbezirken wurde eingeschätzt, sie käme in Pankow, Prenzlauer Berg, Mitte, Weißensee, Lichtenberg nur schleppend voran, die Rechten hätten hier den stärkeren Einfluß; in Treptow, Köpenick, Friedrichshain sei die Lage besser, hier hätten die Einheitsbefürworter die Oberhand. Im Bericht werden folgende Ergebnisse »der ungesetzlich durchgeführten Abstimmungen in einzelnen Bezirksorganisationen der SPD Berlins zur Frage der Verschmelzung beider Parteien« angeführt: In der 3. Abteilung in Pankow stimmten von 107 Beteiligten 36 für die sofortige Vereinigung, 50 für eine Urabstimmung, 17 »für die Entscheidung des Parteitages«, 4 gegen die Vereinigung. In der SPD-Gruppe bei der Finanzabteilung des Magistrats stimmten von 100 Beteiligten 60 für und 40 gegen die Vereinigung. In Friedrichshain fand die Abstimmung in drei Abteilungen statt: In der 5. Abteilung sprachen sich für die Vereinigung 300, gegen sie 6 Beteiligte aus; in der 6. Abteilung 130 dafür, zwei dagegen; in der 11. Abteilung 85 dafür, 15 dagegen. In Prenzlauer Berg waren in der 61. Abteilung 19 für und 15 gegen die Vereinigung; in der 62. Abteilung 108 dafür und 180 dagegen, 12 enthielten sich der Stimme. (S. 45/46) Anschließend wurden unter der Überschrift »Unsere Maßnahmen« die Aktivitäten der SMAD aufgezählt. Als ein Hemmnis im Vereinigungsprozeß wurden im Bericht vom 16. September 1946 die Demontagen in der SBZ genannt (S. 157).

Am ergiebigsten für die Forschung sind vielleicht die Dokumentenauskünfte über die SED nach ihrer Gründung: ihren inneren Zustand aus der Sicht der SMAD-Mitarbeiter und ihr Unterstellungsverhältnis diesen gegenüber.

Im mündlichen Bericht vom 16. September 1946 wurde positiv hervorgehoben, daß 51 Prozent der Parteimitgliedschaft Arbeiter seien; dagegen wurde ihre altersmäßige Zusammensetzung bemängelt: fast 60 Prozent waren älter als 40 Jahre. Zum inneren Zustand der Partei hieß es, sie wise noch außerordentlich große Mängel auf, die, wenn sie nicht überwunden werden, sie »als Arbeiter-, als marxistische und als prosowjetisch gestimmte Partei, was eigentlich die tiefgreifendste Aufgabe bei der Schaffung dieser Partei und ihrer Arbeit war«, gefährdeten. (S. 159) Unmittelbar nach der Vereinigung sei die Partei in einer »schweren Krisenlage« gewesen, vor allem wegen der Verbote (auch Verhaftungen) in den westlichen Sektoren (es können auch die Westzonen gemeint gewesen sein) – eine starke Ebbe und Verwirrung in der SED seien die Folge gewesen. (S. 174)

In den Dokumenten der Jahre 1946 bis 1948 wird immer wieder festgestellt, daß die SED die innere Einheit nicht erreicht habe.

Bei ehemaligen Kommunisten käme ein gewisses Sektierertum

zum Vorschein, so z. B. während des sächsischen Volksentscheids über die Enteignung der Kriegsverbrecher (S. 54). T. im Bericht am 16. September 1946: Sektierertum zeige sich in privaten Gesprächen und manchmal in Versammlungen: »Wir hätten unsere revolutionären Positionen aufgegeben; wenn es die SED nicht gäbe, hätten wir viel besser gesiegt, und den Sozialdemokraten könne man nicht trauen«, und solche Dinge würden sogar von einem Matern kultiviert. »Nicht zu reden von (Waldemar?) Schmidt, der sogar den Einfall hatte, einen aus Kommunisten bestehenden Informationsapparat gegen die Sozialdemokraten zu schaffen. Das ist überwunden, aber solche Fakten gibt es.« Es werde angenommen, daß in der Berliner SED-Organisation ca. 10 Prozent der ehemaligen Kommunisten unzufrieden und bereit seien, zu einer anderen Gruppe überzutreten und mit der SED zu brechen. In den Provinzen sei das weniger der Fall. (S. 160/161)

T. benannte in diesem Bericht drei Gruppen unter den ehemaligen Kommunisten in der SED: zum einem die »Moskauer Kommunisten – das sind 100prozentige«; zum anderen die Emigranten, die aus anderen (westlichen) Ländern zurückgekommen und weniger »fest« seien; die dritte Gruppe bildeten die ehemaligen KZ-Häftlinge – diese seien »ein Volk ohne Sektierertum und ohne Anspruch auf materiellen Unterhalt, von ihnen wird euch selten einer sagen, er sei Kommunist oder er sei Sozialdemokrat, er sagt: KZ und zeigt sein Zeichen«. (S. 164/165) Im Dokument vom 17. August 1948 ist – im Zusammenhang mit der Parteien-Block-Politik – von »ernsthaftem Fehler und falscher Orientierung der SED, sie sei die einzige »regierende« Partei in der SBZ« die Rede, was »unter Bedingungen, da in der SED bei weitem noch nicht die sektiererischen Fehler überwunden« seien, zu ihrer Selbstisolierung führen würde. (S. 221) Und noch im Dokument vom 1. November 1949 heißt es, die SED müsse »einen entschiedenen Kampf gegen sektiererische Elemente in ihren eigenen Reihen führen« (S. 131)...

Aufschlußreich sind die Auskünfte und Meinungen der SMAD-Mitarbeiter über Sozialdemokraten in der SED.

In einem Bericht T.s an das ZK der KPdSU vom 9. Juli 1946 über Ergebnisse des Volksentscheides in Sachsen hieß es: Es hätten sich dabei »mit großer Klarheit die schwachen Seiten der SED gezeigt, (nämlich) die Existenz in ihren Reihen, besonders unter ehemaligen Sozialdemokraten des rechten Flügels, opportunistischer Elemente, die manchmal sogar offen gegen die Linie der zentralen Leitung auftraten«. Im Bericht vom 20. Juli 1946 kritisierte er, »in führenden Kreisen der SED« würde kein genügend konsequenter und nachdrücklicher »Kampf gegen die fraktionelle Tätigkeit rechter sozialdemokratischer Elemente innerhalb der Partei« geführt (ohne daß konkrete Fakten solcher Tätigkeit angeführt worden wären, S. 55). In dem schon mehrfach zitierten mündlichen Bericht vom 16. September 1946 stellte T. fest, nach der vollzogenen Vereinigung habe sich »ein gewisser Abfall in der innerparteilichen Arbeit bemerkbar gemacht, eine gewisse politische Passivität der ehemaligen Mitglieder der SPD«, die sich »etwas beeinträchtigt« fühlten, auch »seitens unseres Apparats, seitens der Kommandanten«, die Sozialdemokraten fühlten, daß »man ihnen nicht ganz

stimmungen wurden von uns abgesetzt. Einzelnen Organisationen in Prenzlauer Berg, Pankow und Friedrichshain sind sozialdemokratische Versammlungen und Konferenzen verboten worden, wenn sie keine Erlaubnis der Kommandanturen haben. Annulliert sind alle durchgeführten Wahlen von Delegierten zu Kreis-konferenzen der SPD, wo in der Regel die Mehrheit der gewählten Delegierten gegen die Vereinigung war. Wir unterstützen das Zustandekommen von Organisationskomitees und die Arbeit der schon gebildeten Komitees für die Vereinigung. In allen Stadtbezirken des sowjetischen Sektors von Berlin wird die Vorbereitung der für den 15. März einberufenen Versammlung sozialdemokratischer Betriebsfunktionäre ganz Berlins unterstützt. In allen sozialdemokratischen Organisationen der Stadt werden Befürworter der Einheit festgestellt und deren Versammlungen vorbereitet. Es werden Maßnahmen ergriffen zur Organisation und Durchführung gemeinsamer Versammlungen von Mitgliedern der KPD und der SPD, um den Entwurf für Programm und Statut der sozialistischen Einheitspartei zu beraten.« Bericht vom 14. März 1946, S. 46

T. im Bericht vom 14. März 1946 über W. Pieck: Er sei zweifelsfrei eine »für die ganze Partei annehmbare Figur«. »Pieck (ist) der allgemeine Liebling, aber er fängt oft an, Dinge zu sagen, die nicht gesagt werden dürfen, er geht unbeschwert zum Block (der Parteien? - U. P.) und sagt manchmal mehr als zulässig ist.« (S. 164) Über Ulbricht:

»Bei Ulbricht sehe ich kein Sektierertum, und Ulbricht versteht die organisatorische Arbeit, er kann eine beliebige politische Kombination konspirativ führen und sie geheimhalten. Aber ihm persönlich wird nicht geglaubt. Mehr als andere ist er genau in den Formulierungen, er versteht mehr als andere, aber er ist unbeliebt, unbeliebt wegen seiner Schärfe. Und die Beziehungen zwischen Grotewohl und Ulbricht sind nicht genügend gut...«
Bericht vom 14. März 1946, S. 46.

Eine gewisse Berechtigung für die Unterscheidung der zwei Emigrationsgruppen demonstrierte T. am Beispiel der Brüder Bernhard und Wilhelm Koenen: Hinsichtlich der Methoden, der Beziehungen zu bürgerlichen Parteien sei »der englische Koenen« (Wilhelm) bei Formulierungen weniger präzise, er sei kein Massenführer, die Arbeiter verstünden ihn so nicht, er hätte nicht den Biß (Griff) wie sein »Moskauer« Bruder.
Bericht vom 16. September 1946, S. 164

»Die Frage steht grundsätzlich - wie soll sich denn diese Partei entwickeln. Das, was sie Funktionäre nennen, sind alte Sozialdemokraten, denen ihre Bindung an die Partei in diesem Kampf bewußt wurde, mit denen wir fest rechnen, das ist ein Kettenglied der Partei, das ist das, was wir das Aktiv nennen. Und alles andere trägt bestenfalls das Mitgliedsbuch, zählt die Mitgliedsbeiträge, (das sind die,) die Parteibeschlüsse für sich selbst nicht für bindend halten. Als Beispiel

vertraute«. Als Schwäche registrierte er, daß die weitsichtigeren Kommunisten vor der Notwendigkeit stünden, jede Frage mit den Sozialdemokraten abzustimmen, was die Mobilität der Partei gemindert habe. Sehr deutlich sei die Zweiteilung der Partei – hier Kommunisten, dort Sozialdemokraten – in der sächsischen Landesorganisation bei der sehr erregten Diskussion der Wahlergebnisse hervorgetreten (S. 160).

Der rechte Flügel bei den Sozialdemokraten »träumt von dem Tag, da man aus der SED austreten könne, und verbindet das mit den Zehlendorfern (wir haben auch die Namen) und den Alliierten«. Doch sei das alles nicht so einfach. So würde z.B. Otto Buchwitz, ein überzeugter Vereinigungsanhänger, der sie in Sachsen durchführte, wenn er nach Berlin käme, bei Zehlendorfer Sozialdemokraten logieren mit der Begründung, das seien doch seine Freunde, politische Meinungsverschiedenheiten würden da nicht stören. Solche Kontakte seien also nicht immer als Fraktionstätigkeit zu werten, man müsse da vorsichtig sein... (S. 161)

Während des Wahlkampfes, so in einem Bericht vom 11. Oktober 1946, sei es zum offenen Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten um die Parität bei den Wahllisten und zu direkten Spaltungsaktionen seitens der rechten Elemente der SPD gekommen, die eine Reihe von Parteiorganisationen an den Rand der Spaltung geführt hätten (S. 186). Im Entwurf eines Berichtes an Stalin vom Dezember 1946 hieß es in Auswertung der Wahlergebnisse vom Oktober 1946 (besonders der Niederlage der SED in Berlin mit 19,8 Prozent der Stimmen gegenüber 48,7 Prozent für die SPD), daß die innerparteilichen Reibungen zur Bildung fraktioneller Gruppen von Sozialdemokraten und zu verstärkten sektiererischen Tendenzen bei Kommunisten geführt hätten. »Im Sekretariat (des Parteivorstandes) der SED verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten, verstärkten sich Versuche, Ulbricht zu diskreditieren und ihn aus der Führung der Partei zu entfernen« (S. 195).

Über die Aktivität der »Schumacher-Leute« in der SED im Vorfeld ihres 2. Parteitages, speziell in Sachsen, berichtete T. an das ZK am 9. August 1947: Sie sei »offener, herausfordernder und aggressiver geworden und nehme vielfältigere Formen an«, wovon mehrere im Bericht angeführte Fakten, darunter massenhafte Austritte aus der Partei (allein in Sachsen bis Juli im Schnitt 500 monatlich) zeugten. Die dabei in der Partei gestellten Fragen waren: Die Vereinigung sei verfrüht gewesen; in der SED gäbe es keine Einheit, und Schuld daran seien die Kommunisten; die SED könne nicht auf die Westzonen ausstrahlen; Widerstand »gegen die scharfe Linie der SED im Kampf gegen die Schumacher-Leute«. (S. 80) Das alles habe Unsicherheit in den Reihen der Partei gesät und ihr ideologisches Niveau gemindert. Antisowjetische Ausfälle in Parteiversammlungen – darunter auch trotzkistische – würden statt auf Abwehr auf Beifall stoßen. Die SMAD sei kritisiert worden, weil sie ihre Versprechungen nicht erfüllte, weil entgegen ursprünglichen Erklärungen deutsche Territorien an Rußland abgetreten werden mußten; die außenpolitische Linie der SED sei falsch, auf einer Reihe von Versammlungen sei die Parteiführung beschuldigt

worden, sie würde »zu weich im Umgang mit der SMAD sein«; in der Sowjetunion gäbe es keinen Sozialismus, sondern Staatskapitalismus u.a.m. (S. 81). Im Bericht war von »ungezügelter Reaktion innerhalb der SED« die Rede (S. 82). Als Gegenmaßnahmen wurde dem Sekretariat des PV der SED empfohlen, wirksame Hilfe dem Landesvorstand Sachsen der SED zu erweisen, und die Mitarbeiter der SMAD wurden angewiesen, die Methoden ihrer Führung und Kontrolle der SED zu verändern, öfter in den Kreisen zu sein und vor Ort konkrete Hilfe den SED-Organisationen zu leisten. (S. 82)

Nach dem 2. Parteitag der SED berichtete T. an das ZK am 27. September 1947 u.a., in den Reihen führender Funktionäre sei eine positive Wende im Verhältnis zur Sowjetunion zu verzeichnen, aber auf der unteren Ebene sei das theoretische Niveau niedrig, die Überbleibsel des sozialdemokratischen Opportunismus stark. Einige führende Funktionäre, die aus der SPD kämen, seien verstimmt und niedergedrückt wegen der auf dem Parteitag vorgenommenen Orientierung auf den Sozialismus (S. 94), der »entschiedenen Wende zur Sowjetunion, der Einschätzung des Leninismus als Fortsetzung des Marxismus und der scharfen Auftritte an die Adresse Schumachers«. Otto Meier, Mitglied des PV, habe erklärt: »Es entsteht der Eindruck, daß wir Gefangene der Kommunisten wurden, daß die Kommunisten uns gegenüber gewonnen haben.« T. dazu: »Die Schwankungen dieser Leute sind bekannt, aber ihre Entfernung aus dem Parteivorstand wurde vom Zentralsekretariat (des PV der SED) als zur Zeit politisch unzweckmäßig anerkannt.« (S. 91)

Neben der inneren Spaltung der Partei bemängelte T. in seinem Bericht am 16. September 1946 ihren theoretischen Zustand und sprach von »einer Reihe gewichtiger Fragen«, die nunmehr klargestellt werden müßten, wenn die Partei nicht »in der Tat von opportunistischen und versöhnlerischen Elementen erfüllt« werden sollte. Auf zwei Fragen ging er konkreter ein:

Zum einen bestünde die Gefahr, daß die Partei sich von marxistischen Positionen entfernte, da ein großer Teil ihrer Mitgliedschaft (40 Prozent) kleinbürgerliche Elemente seien; weder Kommunisten noch Sozialdemokraten verstünden die neuen Formen, in denen sich heute der Kampf um die Macht vollzöge: »Sie reden nicht von der Diktatur des Proletariats, sie reden von Demokratie. Sie verstehen nicht die Ergebnisse des Kampfes nach dem Zweiten Weltkrieg.«⁵

Zum anderen drohe die Gefahr nationalistischer Positionen aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung wie auch in der Partei. Mitarbeiter der SMAD hätten auf großen Meetings, so in Halle mit O. Grotewohl, festgestellt, daß Ausführungen zu sozialen Fragen, zur Gleichberechtigung der Frauen »sehr ruhig aufgenommen« würden. »Aber sobald er nur ein bißchen die nationale Frage berührte, klatschten alle 440 000 Beifall.« In Chemnitz sei in einer großen Parteiversammlung gefordert worden, sich nicht an der Sowjetunion und nicht an England zu orientieren – »Wir sollten uns an Deutschland orientieren«, »die russischen Arbeiter leben schlecht, wir sind Deutsche und sollten von der deutschen Arbeit

dafür kann Leipzig dienen. Die Leipziger Bedingungen werden weder im Landesvorstand noch in Berlin verstanden. Zweimal wurden sie zusammengerufen und zweimal lehnten sie die Fragestellung des PV und des Komitees ab. Und das unter unseren Bedingungen; unter anderen Bedingungen, bei Reichstagswahlen erfordern diese Fragen intensive Aufmerksamkeit.«

Dokument vom 16. September 1946, S. 162/163

»Über die Lage im PV selbst. Nach Pieck ist Grotewohl die zentrale Figur, besitzt hohe Autorität und wird geachtet nicht nur von Sozialdemokraten, sondern auch von Kommunisten. Sein ganzes Verhalten (ich arbeite jetzt auch noch besonders mit ihm, besuche ihn auch zu Hause, er war bei mir noch nicht, aber ich will ihn einladen) spricht davon, daß er sich rasch und fest auf marxistische Positionen stellt, und es fällt ihm jetzt überhaupt nicht schwer, in einer beliebigen Versammlung zu sagen, sehr fest zu sagen, - wenn wir uns den Kampf im gesellschaftlichen Leben ansähen, so würden wir mit Waffengewalt unseren Gegner niederwerfen. Während zu Beginn ein solcher Satz ihm nicht (über die Lippen) gekommen wäre, und er sieht und fühlt, daß diese Dinge anerkannt sind. Aber trotzdem hat er eine sehr große sozialdemokratische Vergangeheit.« (S. 163) Und dann folgte die schon im 1. Teil dieser Information zitierte Passage über die Schwankungen Grotewohls bis Anfang Februar 1946.

Dokument vom 16. September 1946, S. 163.

Nach der Rede von Molotov

wurde ihnen (den SED-Politikern - U. P.) erlaubt zu sagen, daß sie »als deutsche Partei jede Revision der Grenzen, die die Lage Deutschlands verbessere, begrüßen« und daß die bevorstehende Pariser Konferenz (der Außenminister) die deutschen Interessen besser berücksichtigen werde. »So die Frage zu stellen, ist ihnen erlaubt, aber für die Partei selbst ist das eine sehr delikate Frage, bei der man leicht ausrutschen kann, und in den mittleren Etagen gibt es oft Ausrutscher. Und doch ist es... der SED-Propaganda nicht gelungen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die SED eine richtige deutsche Partei sei und keine Agentur der Besatzungsmacht.« Während der Vereinigung beider Parteien sei diese Frage nicht gestellt worden, aber nunmehr sei zu erkennen, daß »im Zusammenhang des Wahlkampfes es der anglo-amerikanischen Propaganda gelungen ist, beim Kleinbürger diese Meinung zu erzeugen«. Dokument vom 16. September 1946, S. 162.

»Wenn die SED nicht die Festigung der Einheit der Partei in Angriff nimmt, nicht ihre führende Rolle im administrativen und Wirtschaftsapparat festigt und nicht ihre politische Bildungsarbeit unter Parteimitgliedern verbessert, so wird die Schaffung neuer Parteien viele Schwierigkeiten hervorrufen. Es ist nicht auszuschließen, daß einige ehemalige Sozialdemokraten in der SED, die mit ihrer Politik unzufrieden sind, in die neuen Parteien übertreten werden mit dem Ziel, die SED zu desorganisieren. So bleiben die Festigung der innenpoliti-

terklasse sprechen«. Obwohl in der Führungsetage der Partei richtig zwischen nationaler Frage und Nationalismus unterschieden werden würde, habe es in den Wahlkampfreden (so bei W. Pieck in der Frage der Grenze zu Polen) Überspitzungen in nationalistischer Richtung gegeben, um Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. Aufschlußreich sind die Dokumente aus dem Jahr 1948, in denen über die 9. sowie 12., 13. und 14. Parteivorstandstagungen der SED, die zwischen April und Oktober stattfanden, berichtet wird (S. 106/107, 112-119; dazu auch das Dokument vom 17. August 1948, S. 218). Sie machen die schon mit dem 2. Parteitag im September 1947 eingeleitete und nunmehr forcierte Wende zur Stalinisierung der SED deutlich, wobei der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« einen Schwerpunkt bildete.

Im Bericht vom 27. April über die 9. Tagung wird kritisiert, daß dort zwar von den Plänen, (zwei) neue Parteien zu gründen, um die nominalen Pgs und die Bauern heranzuziehen, die Rede war, dabei aber nicht die Frage berührt wurde, daß gerade deshalb die organisatorische Festigung der SED notwendig sei.

Im Bericht vom 2. August über die 12. Tagung heißt es unter »Schlußfolgerungen«: »1. Das Plenum verlief auf hohem politischen Niveau. Erstmals hatten alle Diskussionsredner vorbereitete Texte ihrer Ausführungen.« Ulbrichts Referat sei von »tiefgründigem politischen Inhalt« geprägt gewesen, er kritisierte auch einige Personen namentlich, »was früher nie der Fall war«. Grotewohls Referat habe »unzweifelhaft einen weiteren positiven Schritt in seiner persönlichen Entwicklung« bezeugt, auch wenn es eine Reihe Schwächen im Detail aufgewiesen habe; eine Reihe Thesen müßten ergänzt und korrigiert werden, besonders dort, wo es um die Charakteristik des Imperialismus, um die Einschätzung der drei Strömungen in der SPD nach Beginn des Ersten Weltkrieges ging. »Das Referat weist die Tendenz auf, die Schuld für das Vergangene gleichmäßig auf Sozialdemokraten und Kommunisten zu verteilen. Es gibt scharfe Formulierungen gegen die Rechten, aber andererseits sind die taktischen Fehler der Linken etwas überhöht.« Die Diskussion habe gezeigt, daß einige ehemalige Sozialdemokraten von den scharfen Bewertungen der Politik der SPD-Führung in der Vergangenheit schmerzlich berührt waren. Bezeichnend sei, daß von 11 Diskussionsrednern nur drei ehemalige Sozialdemokraten waren, »obwohl das Zentralsekretariat dazu aufgefordert hatte, daß alle Sekretariatsmitglieder sich äußern«. (S. 113)

Über die 13. Tagung wurde am 17. September berichtet, sie habe die vorangegangenen zwei Tagungen fortgesetzt, die »auf die ideologische und organisatorische Festigung der Partei gerichtet waren.

Vermerkt wurde »die passive Teilnahme früherer Sozialdemokraten an der Tagung (von 22 Rednern waren nur 5 ehemalige Sozialdemokraten); unter ihnen sei Gleichgültigkeit gegenüber den gestellten theoretischen Fragen zu beobachten. Kritisch hervorgehoben wurde, daß »den Fragen des ideologischen Kampfes mit dem Schumachertum (schumacherovscina) fast keine Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, obwohl in Organisationen von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt »jetzt Schumacher-Nester ausgehoben wurden, die ziemlich offen agierten«. (S. 116/117)

Der Bericht vom 27. Oktober über die 14. Tagung kritisierte die schwache Aktivität der Parteimitglieder auf Versammlungen. »Kritik und Selbstkritik tragen allgemeinen Charakter, das Entlarven der Ideologie des Sozialdemokratismus erfolgt nicht genügend zielstrebig. Man merkt, daß die Reinigung der Partei von schumacherschen und anderen feindlichen Elementen gebremst wird.« (S. 119)

Es ist schon deutlich geworden, daß und wie die SED von der SMAD bei verschiedenen Anlässen dirigiert wurde. Die Dokumentensammlung enthält dafür viele weitere Beispiele, die hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können. Das war den Dokumenten nach u. a. der Fall bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs für eine DDR, September 1946, S. 178; bei Hinweisen zu (gar Ausarbeitung von?) Parteidokumenten, September 1946, S. 179, 182/183; bei (An)Leitung der Abteilung Kultur und Kunst des PV der SED, Oktober 1946, S. 190; bei Kontrolle der Wahlberichtskampagne in der sächsischen SED, August 1947, S. 79 ff.; bei Vorbereitung des Deutschen Volkskongresses, Dezember 1947, S. 97; bei Hinweisen (»Hilfe«) zu organisatorischer und ideologischer Entwicklung der Partei (z.B. zur »Liquidierung des Prinzips der Parität in den Leitungsorganen der Partei, das ihre Kampffähigkeit mindert«), April 1948, S. 212/213. Manchmal, wenn auch selten, wurde selbstkritisch vermerkt, daß zuweilen die Hilfe in »kleinliche Bevormundung ausarte« (S. 196), die schädlich sei, da das zum einen die SED in den Augen der Bevölkerung als »russische Agentur« kompromittiere, zum anderen die SED von eigener Aktivität entbinde, z. B. dann, wenn die SMAD zugunsten der SED mit administrativen und/oder ökonomischen Mitteln Druck auf deren Konkurrenten ausübe (S. 170, 230).

Schließlich seien noch Stellungnahmen aus der SMAD zur Sozialdemokratie insgesamt und zur »Schumacher-SPD« in den Westzonen wiedergegeben.

Generell hielten die verantwortlichen SMAD-Akteure an der alten KPdSU- und KI-Linie gegenüber der Sozialdemokratie fest: Es wurde (in den vorliegenden Dokumenten allerdings selten) zwischen den »sozialdemokratischen Massen« und den Führern unterschieden und auf vermeintliche Widersprüche zwischen diesen gesetzt; die Politik der Letzteren als ihrem Wesen nach reaktionär und volksfeindlich eingeschätzt, die Führer selbst als »ausländische Agentur«, »vom anglo-amerikanischen Imperialismus abhängig« bezeichnet (Dezember 1946, S. 195, 201).

Die SPD der Westzonen wurde im Dokument vom 16. September »die erste legale antisowjetische Partei in Deutschland« genannt (S. 176). Die Methoden ihrer Bekämpfung standen in der Tradition der KI: Das reaktionäre Wesen ihrer Politik (in Westberlin) sollte »in der Presse und mit Mitteln der mündlichen, anschaulichen Radiopropaganda entlarvt«, die einfachen Mitglieder sollten unterstützt, ihr Austritt aus der SPD und Übertritt in die SED organisiert werden (Dokument vom 28. August 1946, S. 65). Im Bericht vom 16. September 1946 wurde unterschieden zwischen der Berliner SPD und der in den Westzonen, »wo sie eine wesentlich fortschrittlichere Rolle spielen« werde. Franz Neumann, Curt Swolinz-

schen Situation der SED und die politische Erziehung der Parteimitglieder erstrangige Aufgaben.« Bericht vom 27. April 1947, S. 107.

»Ein bedeutendes Verdienst des Plenums ist die präzise und klare Fragestellung über die führende Rolle der KPdSU/B/ und der Sowjetunion im Lager der Demokratie und des Sozialismus... Mit voller Stimmen wurde von der marxistisch-leninistischen Lehre als der ideologischen Grundlage der Partei gesprochen, die »Theorie: vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus wurde einer ersthaften Kritik unterzogen und entlarvt. Erstmals wurde von der Tribüne des Plenums die These in den »Grundsätzen und Zielen der SED« über die »politische Herrschaft der Arbeiterklasse« als Diktatur des Proletariats dechiffriert.«

Dokument vom 17. September 1948, S. 116.

In einem Bericht vom 17. August 1947 über die Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD wurde eine positive Veränderung »vor allem auf der Linie der Arbeit der SED« festgestellt: So sei z. B. »nach Empfehlungen der Informationsverwaltung das System der Parteischulung in der SED umgebaut, die veralteten Programme und Lehrpläne der Landes- und Kreisparteischulen überprüft, neue Themen über die Sowjetunion, über die Partei neuen Typs eingeführt worden. Besondere Beachtung fand das Studi-

um der lenin-stalinschen Etappe in der Entwicklung des Marxismus«. Dokument vom 17. September 1948, S. 218.

ky u.a. sollten mit »kompromittierenden Materialien« diskreditiert werden, es sollte gezeigt werden, daß sie nichts mit der Arbeiterklasse gemein hätten – »nur sollte es nicht so getan werden wie mit dem Sekretär Schumacher(s)⁶, es muß getan werden mit einem gewaltigen Auftritt, der bis in die Wurzel desorganisiert, (es müssen) Meetings organisiert werden, Auftritte in Betrieben, (es muß) klar gemacht werden, worin die Linie besteht, usw.« (S. 175)

Gegen »die Propaganda rechter Sozialdemokraten in Deutschland« (z.B. die These, die UdSSR sei kein sozialistisches Land) wurde eine Lektorengruppe bei der Informationsabteilung der SMAD geschaffen, deren Mitglieder mit vielen Vorträgen in der SBZ zu Themen wie »Sozialismus oder Staatskapitalismus«, »30 Jahre Land des Sozialismus«, »Die UdSSR und Deutschland«, »Diktatur und Demokratie« auftraten, und das, wie eingeschätzt wurde, mit großem Erfolg (Oktober 1947, S. 208/209). Der Voluntarismus der sowjetischen Politiker – das Schwören auf Organisation und Propaganda, mit denen allein die eigenen Absichten durchgesetzt werden könnten, – wird an vielen Beispielen deutlich.

Die hier in Auszügen wiedergegebenen Dokumente aus der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung der SMAD erhellen natürlich noch sehr unvollständig ihr Wirken bei der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der SBZ. Sie enthalten aber viele aufschlußreiche Details, die unser Wissen um die damaligen Vorgänge bereichern.

- 1 Vgl. SVAG. Upravljenie propagandy (informacii) i S. I. Tjuľ panov 1945-1949. Sbornik dokumentov (SMAD. Die Verwaltung für Propaganda (Information) und S. I. Tjuľ panov. Dokumentensammlung), Moskau 1994, 255 S.
- 2 Zu den weiteren in der Dokumentation angesprochenen Problemen gehören Informationen der SMAD über (und Umgang mit) andere(n) Parteien wie CDU und LDP, über die Gewerkschaften, die Jugend, die Pressezensur u.v.a.m. – wie auch die Persönlichkeit Tjuľ panov, um die es in der Dokumentation eigentlich geht.
- 3 Lediglich im Dokument vom 27. April 1948, dem Bericht über das 9. Plenum des PV der SED, wird erwähnt, daß Grotewohl über die Ergebnisse des nichtöffentlichen Besuchs dreier Vertreter des PV in Moskau Ende März 1948 berichtete und als ersten Punkt die Verhaftungen in der SBZ nannte: »Grotewohl wies darauf hin, daß die Verhaftungen nur jene politisch unzuverlässigen und zweifelhaften Personen betrafen, die die Demokratisierung der Zone zu sabotieren suchten. Jetzt werde diese Frage untersucht und diejenigen, die zur sozialistischen Bewegung gehört haben, werden nach einer entsprechenden Überprüfung freigelassen. In notwendigen Fällen werden öffentliche Prozesse durchgeführt.« Aus welcher Zeit die Verhaftungen stammen, ist nicht ersichtlich. (S. 106). In einem Dokument vom August 1948 ist von der »im Juli d. J. von den Organen der Staatssicherheit begonnenen Freilassung von internierten und verhafteten kleinen Nazis« die Rede (S. 222).
- 4 Im Bericht »Plebiszit« oder »Referendum« genannt. Evtl. waren hier die von Harold Hurwitz erwähnten Vorabstimmungen für oder gegen die Urabstimmung gemeint, die in Mitgliederversammlungen und bei Kreisdelegiertenwahlen in Ostberliner Bezirken vor dem 29. März 1946 stattfanden. Vgl. H. Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Köln 1990, Bd. IV, Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, u.a. S. 1105, 1173.
- 5 An dieser Stelle ist von den Herausgebern eine Auslassung des Textes angezeigt: /.../ Möglicherweise, wie schon die eben zitierte Stelle, unverständlich im Stenogramm.
- 6 Im Text nicht ganz klar. Evtl. war die im Frühjahr 1946 in der sowjetischen und einem Teil der SBZ-Presse gestartete Verleumdungskampagne gegen Schumacher gemeint, von dem behauptet wurde, es habe im KZ mit der SS zusammengearbeitet. Vgl. dazu U. Plener: Kurt Schumacher und Kommunisten im KZ 1933-1943, in: Utopie kreativ, H. 65, März 1996.